

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 92 (1998)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : die UBS oder das Dinosauriersyndrom

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zeichen der Zeit

### Die UBS oder Das Dinosaueriersyndrom

Sollte der soziale Friede in der Schweiz endgültig in die Brüche gehen, dann wird der Anfang vom Ende ein Datum haben: Es wird der 8. Dezember 1997 gewesen sein, der Tag, an dem Bankgesellschaft und Bankverein zur zweitgrössten Bank der Welt, der United Bank of Switzerland (UBS), fusionierten und den Abbau von 15 000 Arbeitsplätzen ankündigten, nicht aus ökonomischer Notwendigkeit, sondern zur grösstmöglichen Steigerung des Shareholder value, wie die Profitmaximierung damals hiess. Einer, der den neuen Typus des rücksichtslosen Shareholders personifizierte, hiess Martin Ebner. Nicht nur sah er durch die Megafusion seine bisherige Kritik an der mangelhaften Kapitalrendite der Grossbanken bestätigt, er spähte auch noch ein Steuerschlupfloch aus, um seine Rekordgewinne dem Fiskus zu entziehen. Innerhalb der politischen Linken machte bereits die Parole von einem neuen Generalstreik die Runde...

Aber nein, wir können noch nicht in der Vergangenheit reden. Der Alptraum ist gegenwärtig, ein befreites Erwachen alles andere als absehbar.

#### Das Schicksal und seine Opfer

Es war wie bei der Novartision im März 1996: Die beiden Fusionisten beschworen in ihrer Pressemitteilung den «verstärkten globalen Wettbewerb» mit seinen «immer höheren Anforderungen an die kritische Grösse eines Finanzunternehmens». Der Markt als unser aller Schicksal meinte es allerdings gut mit den Bankern, die eben noch um ihren international rampontierten Ruf zu kämpfen hatten und nun in die *Weltelite der Global Players* aufsteigen durften. In der Pressemitteilung feierten sie die 1320 Milliarden Franken in

ihren Tresoren, die aus UBS den «weltweit grössten Vermögensverwalter» machten, und sie zeigten stolz auf die «aktuelle Börsenkaptalisierung von rund 85 Milliarden Franken». Ja, sie überboten sich in der visionären Vorfreude auf «eine Eigenkapitalrendite von 15 bis 20%» im Jahr 2002.

In einem gleichentags im *Zürcher Rathaus* deponierten Schreiben beehrten die fusionierenden Banken auch die Mitglieder des Kantonsrates mit der frohen Botschaft:

«Wir werden die führende Privatbank der Welt sein.»

«Wir werden unter den institutionellen Vermögensverwaltern weltweit an vierter Stelle stehen.»

«Wir werden eine erstklassige, echt internationale Investmentbank sein, die in Europa führend ist...»

«Im Privat- und Firmenkundengeschäft in der Schweiz werden wir Marktleader sein.»

Wir werden sein wie...? Ein Ignorant – oder ein Ungläubiger –, wer diesen «Titanenschritt» (NZZ, 9.12.97) nicht ehrfurchtsvoll bestaunte. Wer wagte es, dem neuen *Weltgeist*, genannt Weltmarkt, zu widersprechen? An ihm misst sich, was wahre Grösse ist!

Wo soviel Licht ist, kann der Schatten nicht fehlen. Das Schicksal kennt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer: *Opfer* der gewonnenen Synergien. Das Rationalisierungspotential liegt bei 13 000 der insgesamt 56 000 Stellen. «Ein Stellenabbau ist deshalb unumgänglich», lässt die Pressemitteilung verlauten. Auf die Schweiz trifft es 7000 Stellen, die aber «so sozial als möglich und mit grosser Fairness» abgebaut werden sollen. So «fair» behandelte UBS die «Sozialpartner», dass diese über die Fusion erst im letzten Moment informiert wurden, später als die Medien, wider

Treu und Glauben, unter Missachtung des Gesamtarbeitsvertrags. «Fairerweise» wurden die Bankangestellten auch gewarnt, von ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung ja keinen kritischen Gebrauch zu machen, gar die Fusion in Frage zu stellen. Bonusverlust, wenn nicht Entlassungen könnten die Folge sein.

Regelrecht vorgeführt wurde an diesem historischen 8. Dezember die Ohnmacht des Staates. *Bundesrat Delamuraz* dankte der neuen UBS für die Wahrung ihrer «schweizerischen Identität». Die Fusion «kräftige gleichzeitig den Finanzplatz, der sich unter optimalen Bedingungen der Globalisierung stellen könne». Der Volkswirtschaftsminister hätte gerade so gut sagen können: «Was gut ist für die UBS, ist fortan auch gut für die Schweiz.» Natürlich gebe es da noch ein Problem, meint Herr Delamuraz, habe «der dauernde Verlust von 7000 Arbeitsplätzen» doch «auch seine makroökonomische Bedeutung». Aber da der Markt, wenn man ihn nur gewähren lässt, letztlich doch wieder alles zum Guten wendet, «hofft» auch der Bundesrat, «dass die gestärkte Wettbewerbsfähigkeit des neuen Unternehmens den Arbeitsmarkt schliesslich doch dynamisieren könne». Das alles hörte sich an, als komme es nicht von einer Regierung, sondern direkt aus der Werbeküche der UBS.

### Was «der Markt» nicht alles verlangt

Woher nehmen die Marktgläubigen ihre Zuversicht, dass «der Markt» solche Mega-fusionen honorieren werde? Eben noch hatte «der Markt» verlangt, dass die drei Grossbanken in jeder grösseren Ortschaft eine Filiale unterhalten müssten, um den Konkurrenzkampf im «Massengeschäft» zu bestehen. Heute sagt «der Markt», die Schweiz sei «*overbanked*», und verlangt den Rückzug aus dem «Retail-Banking», weil das Geschäft mit Kleinkunden zu wenig rentiere. In den 80er Jahren trieben die expandierenden Banken die Mieten in die Höhe, warben Leute aus handwerklichen Berufen ab und verdrängten so das *Gewerbe*. Aber ausgerechnet jetzt, wo 180 000

Menschen ohne Erwerbsarbeit sind und Büroräume allenthalben leer stehen, verlangt «der Markt» das Gegenteil: die Streichung von Tausenden von Stellen und die Schliessung von Hunderten von Filialen.

Wenn «der Markt» nach einer Rendite giert, die mit 20 Prozent in die Grössenordnung des Wucherzinses vorstösst, dann müssen die Banken sich natürlich «gesund-schrumpfen», Synergien nutzen, fusionieren. Es ist wie bei einer *Massenhysterie*: Einer beginnt, die andern folgen, und am Schluss gibt es kein Entrinnen mehr. Begonnen hat dieser Konzentrationsprozess in den USA und in Grossbritannien. Mit UBS wächst der Druck auf die Deutsche Bank, wieder Nummer eins in Europa zu werden, zum Beispiel durch eine Fusion mit der Credit Suisse Group. Das alles fordert «der Markt» scheinbar unerbittlich, unersättlich, als wollte er sich selbst abschaffen. Von den schweizerischen Aufsichtsbehörden ist kein Veto zu erwarten. Schliesslich ist «die Stellung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu beachten», heisst es im Kartellgesetz.

Der behördliche Kotau vor UBS ist aber umso weniger angezeigt, als der neue Gigant den Finanzplatz Schweiz noch verletzlicher macht, als dieser es schon bisher war. Der Direktor der *Eidgenössischen Bankenkommision* moniert, dass die Eigenmittel der beiden Banken für das Risiko zu knapp bemessen seien. Die Politik sollte sich darum nicht nur Gedanken über die Staatsgarantie bei den Kantonalbanken machen, sondern sich «vermehrt um das Systemrisiko bei den Grossbanken kümmern». «Der Bund» dürfe «nie in die Lage kommen, für eine Grossbank einstehen zu müssen» (TA, 23.12.97).

Aber vielleicht ist «der Markt» für einmal vernünftig und lässt diese Megaunternehmen an ihrer eigenen, nicht mehr überblickbaren, nicht mehr steuerbaren Grösse zugrunde gehen. Künftige Generationen würden vom Dinosauriersyndrom sprechen, das den Shareholder-Kapitalismus ad absurdum führte. «Der Markt» würde vielleicht weiterhin Englisch sprechen, aber dann wohl eher «Small is beautiful» sagen.

## Das Ende des Citoyen

Der heimliche oder auch unheimliche Gewinner in diesem Megadeal heisst *Martin Mauritius Ebner*. Seine «Visionen» gehen in Erfüllung. Seine BZ-Gruppe wird der grösste Aktionär von UBS. Seine BK Vision hat sich mit der Fusion um eine weitere Milliarde bereichert. Seine Kapitalrendite «stimmt». Eigentlich wäre Ebners kleine BZ Bank, die mit nur 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 15 Prozent des Schweizer Aktienmarktes beeinflusst, der beste Gegenbeweis, dass «Rentabilität» nicht von Grossfusionen abhängig sein muss. Aber seien wir nicht kleingläubig, die «Gedanken» des Marktes sind nicht unsere Gedanken.

Herr Ebner ist nach seiner eigenen Einschätzung ein *sozialer Mann*. Nicht weil er bislang als Wohltäter in Erscheinung getreten wäre – von Bratwürsten für ein protestierendes Grüppchen der SP Schwyz einmal abgesehen –, sondern weil er als «bekenntlicher Kapitalist» glaubt, «Gewinnmaximierung» sei «an sich sozial» (Der Spiegel, 15.12.97). Um auf Dauer Arbeitsplätze zu sichern, müssten die Unternehmen schliesslich rentabel sein. Und Rentabilität ist unter 20 Prozent nun einmal nicht zu haben. Auch nicht ohne das Opfer von Massenentlassungen. Wer an den Volkskapitalismus glaubt, wird auch dieses Opfer frohen Herzens erbringen. Das Geld für sich arbeiten zu lassen, hat mehr Zukunft, als selbst zu arbeiten.

*Steuern* zu sparen, gehört ebenfalls zur Pflicht eines seriösen Unternehmers. Am 20. Dezember verlegte Herr Ebner den Geschäftssitz der BZ Bank von Zürich ins steuergünstige Freienbach. Er nutzte erst noch eine Bemessungslücke in den unterschiedlichen kantonalen Veranlagungssystemen, die es ihm erlaubt, den Rekordgewinn des letzten Jahres weder im Kanton Zürich noch im Kanton Schwyz zu versteuern. Diese Tricks lösten auch in bürgerlichen Parteien Empörung aus. Die FDP Schweiz verurteilte die Steuerflucht des Herrn Ebner «als unsolidarisch und verwerflich». In ihrem Communiqué führte

die «Wirtschaftspartei» aus: «Einkommensmultimillionäre, die sich sogar noch um die Steuern herumdrücken, gefährden den sozialen Friedens. Es wird nicht verstanden, dass der Bund Milliardendefizite schreibt, einzelne Private hingegen Millionengewinne am Fiskus vorbeischmuggeln können.»

Aber auch Ebner blieb nicht ohne *politischen Support*. «Jedes andere Unternehmen hätte genauso gehandelt», verwahrte sich die FDP Schwyz gegen den «Populismus» der FDP Schweiz (NZZ, 16.12.97). Der freisinnige Zürcher Regierungsrat Honnegger kommentierte das Verhalten der BZ Bank mit den verständnisvollen Worten: «Der Steuerwettbewerb stellt eine Konkurrenzsituation dar, und da verhalten sich die Unternehmen ökonomisch» (TA, 12.12.97). Christoph Blocher hieb in dieselbe Kerbe und kritisierte zwei Bundesräte, «die nun verurteilen, dass einer völlig legal dafür gesorgt hat, dass er nicht zuviel Steuern zahlen muss» (Blick, 17.12.97). Ebner selbst sprach von «unglaublicher Hatz» und reichte gleich noch ein Gesuch um Steuererleichterung im Kanton Schwyz ein. «Massgeblich sei einzig die Rechtsordnung. Wirtschaftliche Vorgänge innerhalb der Rechtsordnung als unmoralisch zu verurteilen, hält Ebner für undemokratisch, letztlich für selber unmoralisch», berichtet der TA (22.12.97) über die Verteidigungsrede des «Gehetzten» anlässlich des Protestempfangs der SP Schwyz.

Dass *Recht und Moral* nicht identisch sind, scheint dem studierten Juristen Ebner zu entgehen. Ebenso, dass Freiheit nicht nur der Begrenzung durch Gesetze, sondern auch der Bindung durch das Gewissen, die Moral, die Ethik bedarf. Kurz: «dass man nicht alles ausreizen darf, was nicht verboten ist», wie Bundesrat Villiger sagt (SoZ, 21.12.97). Ein Freisinn, der «weniger Staat» durch «mehr Eigenverantwortung» ersetzen möchte, macht hier die Probe aufs Exempel: Verträgt diese Eigenverantwortung sich mit allen gerade noch legalen Tricks der Steuerumgehung? Wie steht es um die Eigenverantwortung der Unternehmen, die den sozialen Frieden legal untergraben, obschon sie von ihm profi-

tieren? Kann es einen sozialen Frieden geben, wenn unternehmerisches Handeln sich nur noch an Gewinnmaximierung zu Lasten der Allgemeinheit orientiert?

Herr Ebner tut uns den Gefallen, die *neoliberale Ideologie* bis in die letzte Konsequenz ihrer Unmoral zu praktizieren. Da werden «private Laster» zu «öffentlichen Wohltaten». Da steht jedes noch so egoistische Verhalten der wirtschaftenden Individuen im Dienste des Ganzen. Da ist Solidarität keine ethische Aufgabe, sondern das Ergebnis des Marktes, wenn er nur möglichst sich selbst, d.h. dem Wettbewerb der Interessen, überlassen wird. Da grinst uns aus Steuerschlupflöchern die «Kundenfreundlichkeit» des New Public Management entgegen. So schaufelt der Neoliberalismus dem für das Gemeinwohl verantwortlichen Citoyen das Grab.

## Die Frage nach der Politik

UBS-Fusion und «Fall Ebner» zeigen, dass es nicht genügt, sich über die Verantwortlichen dieses «Terrors der Ökonomie» (Viviane Forrester) zu entrüsten. Gefragt sind *Alternativen* zu einer Politik, die immer mehr Menschen in die Erwerbslosigkeit und in die Armut treibt, während die Reichen immer reicher werden und dabei erst noch von Steueroasen profitieren. Es fehlt nicht an geeigneten Vorschlägen, angefangen von der längst fälligen Kapitalgewinnsteuer bis zu einer materiellen Steuerharmonisierung, die dem ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ein Ende setzen würde. Aber auch die EU hätte die Möglichkeit, ein Gegengewicht gegen die Transnationalen Kolosse zu bilden, und die Schweiz wäre gefordert, sich für eine soziale, ökologische und demokratische EU zu engagieren.

Ich wundere mich, dass in diesem Zusammenhang die *Mitbestimmung* kein Thema mehr ist. Sie wurde 1976 abgelehnt, weil die Kapitalseite damals ihre besondere Verantwortung für die arbeitenden Menschen propagierte. Ja, man sprach von einer «managerial revolution», die zur Folge habe, dass die Manager vom Kapital immer

unabhängiger seien und sich nur noch um das Wohl des Unternehmens kümmern könnten. Dieses «Argument» hat ausgedient. Die Macht zwischen Kapital und Arbeit sei schlecht verteilt, meinte mit Recht ein junger Bankangestellter nach der angekündigten Fusion. «Da beschliessen zehn bis zwanzig Verwaltungsräte, dass 13 000 Stellen abgebaut werden» (TA, 9.12.97).

Was zur Zeit abläuft, hat alle Anzeichen eines *Klassenkampfes von oben*. Die Unternehmungen, insbesondere die Grossbanken, entlassen Tausende von Lohnabhängigen, nur um die Kapitalinteressen – um nicht zu sagen die Profitgier – besser befriedigen zu können. Das Kapital wälzt die sozialen Kosten der Erwerbslosigkeit auf den Staat ab, will dem Staat für seine zusätzlichen Aufgaben aber nicht mehr, sondern weniger Steuern bezahlen. Sozialabbau ist angesagt: «Wir haben unseren sozialen Frieden mit einer Kostenbasis erkaufte, die wir nicht mehr aufrechterhalten können.» Der hier «wir» sagt, ist der künftige UBS-Präsident *Cabiallavetta* (SoZ, 14.12.97). «Die Finanzmärkte werden als Kontrollinstanz der Politik immer wichtiger», triumphierte vor längerer Zeit schon der deutsche Bundesbankpräsident *Tietmeyer* (Publik-Forum, 19.12.97). Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Annexion demokratisch legitimierter Macht durch eine Wirtschaft, der die demokratische Legitimation fehlt. Es entsteht ein neuer Totalitarismus, in dem Politik nur noch den Freiraum hat, den «der Markt» ihr lässt.

«Ein Generalstreik täte diesem Land gut», sagte kürzlich *Vasco Pedrina*, Präsident der GBI und Co-Präsident des SGB. Auch SP-Nationalrat *Paul Rechsteiner* hält die Voraussetzungen für den Arbeitsfrieden: Erhaltung sozialer Errungenschaften und Beteiligung der Arbeitenden am Produktivitätsfortschritt, nicht mehr für gegeben. Darum sollte im November 1998 mehr als nur ein Gedenktag «80 Jahre seit dem Generalstreik» stattfinden (WoZ, 20.11.97). Widerstand wird zum Gebot der Selbstachtung, nicht nur für die arbeitenden Menschen, sondern auch für alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Land.